

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Bezugspreis mit der ügl. Unterhaltungsbeilage Leben, Willen, Lust zu der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringericht monatlich 30 Pf. nach die Post bezogen vierjährlich 20.75, unter Kreisland für Deutschland und Österreich-Ungarn R. 5.— Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Brüderstraße 21, II. Telefon 3466.
Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.
Expeditio: Brüderstraße 21. Telefon 1769.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Abonnementen werden die eingetragene Zeitung mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Beziehungen 20 Pf. Interesse müssen bis spätestens 10 Uhr früh in der Redaktion abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.**

Nr. 243.

Dresden, Montag den 19. Oktober 1908.

19. Jahrg.

Die Auslastung der Völker.

In einer recht eindrucksvollen Übersicht stellt die Germania einen Überblick über die Reichsausgaben für Kriegsrüstungssiede dar. Die Mahnung zur Sparfamilie, die das Zentrumssitzt auspricht, lautet wie folgt:

Der Steuerbedarf soll 500 Millionen Mark im Jahre sein; auch diese Summe soll nur für fünf Jahre ausreichend sein. Das Ziel für unsere Reichsausgaben liegt nicht in der Erweiterung mehrerer hundert Millionen neuer Steuern, sondern der strikten Sparfamilie. Die lauteste Aufforderung zur Sparfamilie aber enthalten die Zahlen über das Auswachsen der Ausgaben des Reiches, die von einander gegenüberstehen sollen, und zwar getrennt in fortwährenden Ausgaben, einmaligen Ausgaben des ordentlichen Staats und den Ausgaben des außerordentlichen Staats: Die Jahre 1878, 1888, 1898 und 1908 sollen verglichen sein.

L. Ordentlicher Staat.

a) Fortdauernde Ausgaben:

	1878	1888	1898	1908
Reichsheer	320,3 Mill.	350,2 Mill.	513,5 Mill.	670,5 Mill.
Marine	21,3	39,2	66,2	133,8
Reichsschuldb	2,3	21,1	72,3	155,4
Berstenen	49,2	58,0	89,6	146,3
Colonien	—	—	—	2,0

b) Einmalige Ausgaben:

	1878	1888	1898	1908
Reichsheer	54,9 Mill.	169,3 Mill.	82,0 Mill.	127,2 Mill.
Marine	39,0	18,1	36,3	129,0
Colonien	—	—	12,5	39,9

Man findet somit im ordentlichen Staat folgende Zahlen:

	1878	1888	1898	1908
Reichsheer	375,1 Mill.	528,5 Mill.	586,5 Mill.	707,5 Mill.
Marine	60,3	52,3	102,5	262,8
Reichsschuldb	2,3	21,1	72,3	155,4
Berstenen	49,2	53,0	89,6	146,3
Colonien	—	—	12,5	41,9

Jedoch geben diese Zahlen des ordentlichen Staats noch kein schöpferisches Bild; denn im außerordentlichen Staat läuft eine Reihe von Ausgaben, die zum größten Teil auch in den ordentlichen Staat gehören und die Ausgaben noch wesentlich erhöhen. Im Jahre 1878 hatte man den außerordentlichen Staat noch nicht geschaffen, so daß der Vergleich nur für zwei Jahrzehnte zu sein ist. Aber die Ausgaben betrugen im:

II. Außerordentlichen Staat:

	1878	1888	1898	1908
Reichsheer	146,1 Mill.	76,6 Mill.	56,6 Mill.	—
Marine	10,7	28,3	38,1	—
Colonien u. Expedition	—	—	19,0	—

Erft diese Zahlen lassen erkennen, wie sehr die Gesamt-Ausgaben angewachsen sind. Denn nun erhalten wir folgendes Bild des Auswachens der Ausgaben:

	1878	1888	1898	1908
Reichsheer	375 Mill.	674 Mill.	672 Mill.	854 Mill.
Marine	60	63	130	348
Reichsschuldb	2,3	21	72	155
Berstenen	49	53	89	146
Colonien	—	—	18	60

Angeht dieser Zahlen muß jeder sich sagen, daß es so nicht weiter gehen kann; alle diese Ausgaben machen wie für unsere nationale Bedeutung, für unsere Wehrkraft im weitesten Sinne des Wortes; diese Ausgabenposten wuchsen an:

	1878	1888	1898	1908
186 Mill. M.	811 Mill. M.	976 Mill. M.	1561 Mill. M.	—

In 30 Jahren ist somit diese Ausgabe um mehr als 300 Prozent gestiegen, während die Verdopplung nicht um 50 Prozent kommt; das letzte Jahrzehnt allein weist eine Zunahme von über 30 Prozent auf. Wohin führt diese Bahn, die immer mit Friedenskriegen garniert ist? Schließlich nur zur Auslastung der Völker im Frieden. Der bewaffnete Friede gefährdet sich zu einem ganz unerträglichen Last. Warum aber so? Well die Staatsleute nicht imstande sind, Garantien zu schaffen, die diese Last erträglich. An die Wurzel aller Finanznot die Art zu legen, wäre eine nationale Tat, die sich unter Staatsleuten mehr angelegen sein lassen sollten."

Das sind recht vor treffliche Darlegungen des Zentrumblattes. Jedoch bedürfen sie einiger ergänzender Bemerkungen. Erstens ist hinzuzufügen, daß ausgerechnet die Zentrumspartei es war, die als mitregierende Partei diesen unheilsamen Kurs des Militarismus eifrigst unterstützt hat. Die Zentrumspartei des Reichstages hat selbst die Kassensummen bewilligt, über die jetzt das "ausgeschaltete" Zentrum klage führt.

Und weiter, die Germania sagt, an die Wurzel aller Finanznot müsse die Art gelegt werden. Das kann doch nur bedeuten, der Reichstag soll darauf dringen, daß wir endlich aus dem Absolutismus des Reichstags in der austwärtigen Politik herauskommen, daß wir die Diplomatie unter die parlamentarische Kontrolle stellen, daß wir die Politik der internationalen Verbündigung aufstatten der provozierenden und fruchtlosen Weltfürstungen betreiben. Dies alles ist von jener durch die Sozialdemokratie eifrigst gefordert worden. Aber das Zentrum hat unsere Partei stets im Stiche gelassen, hat dem Absolutismus stets die Sporen gehalten, hat den Reichstag wütend und schärfend lassen, hat die Befreiungsbefreiungen bewilligt.

Und jetzt? Verschiedene einflussreiche Zentrumsführer haben deutlich genug erklärt, ihre Partei werde brav mitarbeiten an den neuen Steuerprojekten. Das lang nach allem wird. Die ausführliche Wiedergabe dieser Erklärung im Staats-

andern, als daß „die Art an die Wurzel“ gelegt werden soll. Wie werden sicherlich bald wieder in der Loge kommen, die „Mahnung zur Sparfamilie“, die jetzt die Germania erläutert, an die Adresse der bewilligungsfeindigen, noch Regierungsgünstig sich sehenden Zentrumspartei zu richten!

Zur Wahlrechtsfrage.

Unter diesem Titel hat die höchste Regierung in ihrem Organ, dem Dresden Journal, folgende Erklärung veröffentlicht:

Nachdem die Königliche Statthalterei — unter dem ausdrücklichen Verlängern auf Durchsetzung der ursprünglichen Regierungsvorlage im Namen der beiden Ständeversammlungen — der Wahlrechtsdeputation für den Fall der Ablehnung jener Vorlage einen Eventualvorschlag vinkuliert die Gestaltung des zukünftigen Wahlrechts unterbreitet hat, ist sowohl in der Wahlrechtsdeputation wie auch in den Logesitzungen die Frage aufgeworfen worden, warum die Regierung unter anderem von einer Abstufung der Pluralstimmen — wie dies in dem Kompromissvorschlag der Parteien vorgesehen war — abgesiegt sei.

Wenn sich auch die Wahlrechtsdeputation, wie sich aus der am 16. Oktober erfolgten Abstimmung ergibt, ingewissen mit diesem Vorschlag der Regierung befriedigt und einverstanden erklärt hat, so dürfte es doch im Hinblick auf die Wichtigkeit dieser Frage angezeigt sein, die Gründe der Regierung für diesen Vorschlag in der Dessenheit nochmals hervorzuheben.

Die Regierung geht davon aus, daß die politische Reife eines Menschen eine innere Eigenschaft ist, die sich an dauerndem Werkmaß nicht ohne weiteres messen läßt und daß beiwohlweise ganz gewiß selbst ein einfacher Arbeiter unter Umständen eine höhere politische Reife haben kann als einer, der sich vermeidet seiner Bildung, seiner Steuerleistung, seiner Unschuld unwissend. Wenn man die ursprüngliche Hohenhalschen Vorlage sei, aus den Verhandlungen und Beschlüssen eine privilegierte Wählergruppe zu bilden, die mit vier Stimmen auszuüben tragen, um mit Hilfe dieses Übergewichts den Einfluß der breiten Masse der Wählerschaft, des werktätigen Volkes, aufzuheben. Um das sicher zu erreichen soll die Zürscheinheit in der privilegierten Klasse besonders durch die Tüpfung mit dem Vierstimmrecht gesichert werden. Man hofft wohl, daß jeder privilegierte Wähler aus Dankbarkeit für die vier Stimmen loyal gesinnt werden und daher auch einen Konservativen oder doch einen Nationalliberalen wählen würde.

Dagegen hat die Regierung — immer unter Aufrechterhaltung der ursprünglichen Regierungsvorlage — auch durch die Pluralstimmenabstufung fallen läßt, allerdings auch dadurch erreicht werden, daß den Wählern der großen Masse nur je eine Stimme, den in der Minorität vertretenen Wählern aber ein Mehr von Stimmen gegeben wird.

Derfelbe Gedanke ist auch schon in der Begründung der ursprünglichen Regierungsvorlage zum Ausdruck gekommen, wenn auch damals die Regierung glaubt hat, daß gleicher durch die Einführung der Verhältniswahl über das ganze Land — neben nur einer Pluralstimme — erreichen zu können.

Wörtlich heißt es dort in der Begründung:

„Wer sich über der Tatsache erinnert, daß von den 656 645 Wählern in den Jahren 1887, 1899 und 1901 nicht weniger als 45 Prozent Arbeiter und Dienstboten waren, wird der Regierung darin zustimmen, daß der Eindruck dieses Stimmengewichts zu der Bedeutung, welche die in ihm vertretenen Volksschichten für das Geleben des Staates haben, in seinem richtigen Verhältnis steht, und er wird dann auch angeschlossen der Gehalt, die aus diesem Verhältnis für die übrigen Volksschichten erwächst, die Romantik erkennt müssen, die minder zahlreichen, aber für die allgemeine Wohlfahrt gleich wichtigen Volksschichten durch eine Stärkung ihres numerischen Stimmengewichts gegen die Entwicklung zu schützen, die ihnen andernfalls von Seiten der Massen droht.“

Beachtet man hierbei, daß die Industrie sich vorwiegend immer mehr und mehr entwickelt und deshalb die große Masse gegenüber den gekennzeichneten Minoritäten immer mehr wachsen wird, so dürfte die Richtigkeit des Grundgedankens, welcher die Regierung auch bei ihrem Eventualvorschlag vorgebracht hat, ohne weiteres einleuchten.

Ob die Regierung aber hierdurch ihrer grundsätzlichen Zustimmung zum Pluralwahlsystem von diesem Grundsatz aus gegangen, so könnte sie dem Kompromissvorschlag der Parteien darin nicht folgen, daß eine Abstufung der Pluralstimmen je nach der Bedeutung der einzelnen Massen dieser Wähler einzutreten müßte, da der von der Regierung hinsichtlich der Vereinfachung des Pluralwahlsystems anerkannte Grundtag des Schutzes der Minoritäten gegenüber der großen Masse eine solche Abstufung nicht mit Richtigkeit verlangt, eine solche Abstufung aber auf der anderen Seite mit Ungerechtigkeit hineintreten würde. Ungerichtete Pluralstimmen untereinander würden nicht zu vermieden und es würde leichtlich von der zu schwachen Minorität nur derjenige aufzutreten sein, dem die meisten Pluralstimmen zufallen.

Noch allein hat die Regierung geplänet, allen denen, die an sich der Wahl noch in der Minorität sind, nicht nur ein höheres, sondern eben auch ein gleiches Wahlrecht geben zu wollen, um dadurch die Unzufriedenheit innerhalb dieser Gruppen von vornherein vorgebeugen.

Diese Regierungserklärung bringt eigentlich nichts Neues. Aus dem Bericht über die Freitag-Sitzung der Wahlrechtsdeputation ist zu ersehen, daß dort Geheimrat Heine im Namen der Regierung ausgeführt habe, daß er wußt, was aber in dem erwähnten Bericht nur sehr zusammengefaßt wiedergegeben wird. Die ausführliche Wiedergabe dieser Erklärung im Staats-

anzeiger ist nach mancher Richtung hin bemerkenswert. Es handelt sich hier, wie man auf den ersten Blick sieht, um eine sachlogische Begründung des Hohenhalschen Eventualvorschlags. Daß die Regierung dazu ein Bedürfnis fühlte, läßt darauf schließen, daß sie sich selbst angesichts ihrer eigenen Wahlrechts-Ungewissheit nicht recht wohl fühlt. Ein Wunder ist das nicht. Denn dieses System ist eine jolche Kostümatur, ein solcher Widerspruch in sich selbst, daß es nur zuverständlich ist, daß er unbegangliche Erfahrungen bei seinen Schülern auslöst.

Die Begründungs-Erklärung selbst fordert auch zur Kritik heraus. Im 4. Absatz wird hervorgehoben, daß der Besitz keine Garantie für politische Reife gewährt, daß im Gegenteil ein Arbeiter eine höhere politische Reife haben kann als ein Hausbesitzer oder ein Wähler mit hoher Steuerleistung. Das ist gewiß zutreffend. Aber ein solches Argument müßte naturnotwendig und logisch zu dem Schlüsse führen, daß keine Klassifizierung der Wähler nach Reife und Steuerleistung berechtigt ist, sondern daß einzig Nächte das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht sei.

Wie man aber schon aus den nächsten Sätzen sieht, denkt die Regierung nicht an eine solche eigentlich selbsterklärende Folgerung aus dem ersten Teile ihrer Erklärung. Sie verteidigt vielmehr Ansichten, die die größte Empörung und Erbitterung wachzurufen geeignet sind. Offen gibt sie zu, daß es der Zweck des ungehönerlichen Hohenhalschen Vorschlags sei, aus den Besessenen und Besessenen eine privilegierte Wählergruppe zu bilden, die mit vier Stimmen auszuüben tragen, um mit Hilfe dieses Übergewichts den Einfluß der breiten Masse der Wählerschaft, des werktätigen Volkes, aufzuheben. Um das sicher zu erreichen soll die Zürscheinheit in der privilegierten Klasse besonders durch die Tüpfung mit dem Vierstimmrecht gesichert werden. Man hofft wohl, daß jeder privilegierte Wähler aus Dankbarkeit für die vier Stimmen loyal gesinnt werden und daher auch einen Konservativen oder doch einen Nationalliberalen wählen würde.

Die Wirkung dieses empörenden Privilegs auf die entzweiteten Volksschichten scheint sich die Regierung nicht klar gemacht zu haben. Oder ist ihr das gleichgültig? Darüber aber kann doch kein Zweifel sein, daß die um Dreiviertel des Stimmrechts berechtigte Wählermasse nur mit größter Erbitterung zur Wahlurne schreiten wird. Es mag die Regierung nun mit ihrem System eine Mehrheit erlangen, aber niemals wird sie sich auf die breite Volksschicht stützen können; immer wird sie davon erinnert werden, immer wird härter aufzutreten, daß in Sachen gegen den Willen des werktät

den politischen Kreisen des In- und Auslandes wird nur ein Gefühl der Sehnsucht über diese neuzeitliche Tat empfinden.

Zwei „stumme“ politische Versammlungen hat der pol. gewerkschaftliche Verbund vorlegten Sonntag in Essen in Bruchhausen abgehalten. Im Hinblick darauf, als neue Vereinigungen den Gebrauch der politischen Sprache gestattet, hatte man die Hauptrede zuvor drucken lassen. wurde den zahlreich erschienenen Polen — in Essen waren, Germania zufolge, etwa 1500, in Bruchhausen etwa 1000 — zugegangen — im Versammlungsaal verteilt, und einzelne las sie stolz freudig. Dann wurden die zur Anwendung bestimmten Resolutionen an eine Tafel geschrieben und angenommen.

Über beiden stummen Versammlungen schwieb Sicherheit — der Geist glühender Liebe zum deutsch-preußischen Lande".

Waffen-Einfuhrverbot für Südafrika. Wie eine Entschließung im Deutschen Kolonialblatt ergibt, ist zwischen Reich und einigen anderen Staaten ein Übereinkommen geschlossen worden, durch das die Einfuhr von Waffen nach Afrika, desgleichen von Munition und Schießpulver nach bestimmt Zone Westafrikas verboten ist.

Keine politische Nachrichten. Am Sonnabend starb in Meissen bei 8. Polnischer Wahlkreis Meissen-Dömitz, infolge Lähmung. Ans Tofio wird vom Sonntag gemeldet: es soll Tod zu sein. An den Leichenfeierlichkeiten soll sich auch die amerikanische Flotte, die in Hoboken anliegt, beteiligen.

Rusland.

Deutschland.

Zusammenfahrt in Prag.

Prag, 18. Oktober. Heute kam es hier zu Zusammenstößen zwischen Sozialisten und deutschen Couleurstudenten, die ihren Kampf auf dem Graben machten. Die Studenten wurden anfangs von den Sozialisten verhöhnt. Es kam zu kleinen Konflikten, jedoch durch einige Verhaftungen ein Ende bereitet wurde, insgesamt auf etwa 800 Stöpsl angewandten Couleurstudenten geriet später, als die auf dem Graben sich ananschlängende immer größer wurde, ins Graben und wurden aufgerufen, sich in das deutsche Kino zu begeben. Dieser Aufruhr war ein Teil der Studenten nach. Nur die deutschnationalen Studenten hielten sich vor dem Kino und jagen die Wahr am Kino. Die Polizei griff ein, drängte die Studenten in das Kino und die Menge gegen den Bogenplatz zurück. Hierbei kam es noch zu Zusammenstößen. Schließlich gestreute sich die Menge, die mehrere Verhaftungen vorgenommen worden waren. Auf Rückzug schlugen die Sozialisten (?) an mehreren deutschen Studien die Fenster ein. Nachmittags wiederholten sich die Demonstrationen in großem Maße, so dass die Polizei von der blauen Seite machte und der Polizei um militärische Hilfe bat. Das Militär beauftragte mehrere Straßen. Um 10 Uhr abends kam Ruhe. Insgesamt wurden 76 Verhaftungen vorgenommen.

Aukland.

Der Hochschulstreik.

Petersburg, 18. Oktober. In einer außerordentlichen Sitzung der Universitätssatz, sich mit einem Aufruf an die Studenten zu wenden, in dem es unter anderem heißt, die Universität zum Schauspiel ganz ungültiger Entscheidungen geworden, ein Ende gemacht werden müsse. Der Universitätsrat setzt keinen hinsichtlich ungültig, er verfügt der Universitätssatznomie einen schauspielerischen Schlag. Der Universitätsrat befürwortet, mit der Würde der Universität vereinbarten Rahmen zu erzielen, um die Tätigkeit in der Universität wieder herzustellen und Schauspielerischen Akt aus ihr zu entfernen. Sollten die Sitzungen des Universitätsrates scheitern, so würden sich seine Mittel bemühen, ob die Prinzipien der Universitätssatznomie nicht durchführbar seien. Um die Würde der Universität und Interessen zu wahren, ernahm der Rat die Studentenschaft, gezeichneten ruhigen Gang der Beschäftigung sofort wieder auf.

Sieben, 18. Oktober. Gestern war im Innern der Universität aufgetreten. Die Vorlesungen gingen ohne Unterbrechung. Eine Bekanntmachung des Rektors enthält die Warnung, im Falle einer Wiederholung der Unruhen die Außerordentlichen Strafen unterzogen würden.

Marokko.

Der Zwischenfall von Casablanca.

Münz, 18. Oktober. Die Kölnische Zeitung berichtet zum Zwischenfall von Casablanca, dass erhebliche Meinungsverschiedenheiten zwischen Frankreich und Deutschland auf den Berichten seiner Beamten dargestellt auf denen seine Offizielle besteht. Weitere Verhandlungen von Kabinett zu Kabinett dürften deshalb noch Erfolg versprechen, wobei der wichtigste Faktor wäre, wenn beide Staaten sich darüber einigten, die Angelegenheit einem Schiedsgericht zu unterwerfen, so wie es in den Verhandlungen der Haager Konferenz vorgesehen wird.

Paris, 18. Oktober. Nach einem Telegramm aus Casablanca vom 16. Oktober beleidigte ein im Dienst einer französischen Flottille stehender Kapitän sechs französische Offiziere auf der See, indem er ihnen vorwarf, dass sie das Booten der Schiffe überredet. Es kam zu einem Kampf auf See, insbesondere mit dem Leutnant. Der Kapitän erhob bei dem Konkurrenz gegen Verhalten der Offiziere.

Die Zukunft der deutschen Montanindustrie.

W. C. Das Ende der deutschen Roheisenverbände wird selbst als ein Zeichen dafür betrachtet, dass die Kartelle sich nicht bemüht haben. Und es ist zu zeigen, dass die bisherige Form der nunmehr zur Auflösung gelangenden Kartelle in der Roheisenproduktion immer mehr sich als ungünstig erweist. Die Erfahrung wurde allgemein gezeigt, dass um mindestens an Stelle der verschiedenen Verbände ein einziges deutsches Roheisenkartell treten müsste. Wer der Plan gescheitert, und es ist wenig Hoffnung vorhanden, dass vorabendschlich noch einmal der Versuch gemacht wird, die widerstreitenden Interessen zu vereinigen.

Wir haben also nunmehr in der Eisenindustrie damit zu rechnen, dass eigentlich nur noch die großen Eisen- und Stahlwerke im Stahlwerksverband eine Organisation besitzen, die nach zwei Seiten hin ihre Macht wenden lassen kann: als Käufer von Roheisen respektive als Händler von Roheisen und als Verkäufer von Rohguss und Walzwerkzeugen. Beträchtlich wir nämlich die im Stahlwerksverband vereinigten Betriebe, so ergibt sich, dass die gemischten Werke, die Kombinationsbetriebe vorhersehbar sind. Das Wesen dieser Betriebe besteht darin, dass sie in sich alle Phasen der Eisenherstellung und Eisenverarbeitung zu vereinigen suchen. Um die Hüttenwerke gruppierten sich Stahlengesellschaften und Eisenverarbeiter, die

für die Roheisenproduktion das Material zu liefern haben. Das gewonnene Roheisen wird für die verschiedenen Arten der Bearbeitung in die sogenannten Produkte A des Stahlwerksverbandes verwandelt, und in eigenen Walzwerken werden weiterhin die Produkte B hergestellt, von denen wir nur Staben, Draht, Bleche, Achsen und Röhren nennen wollen. Durch die Vereinigung bisher betrieblich getrenneter Phasen der Erzeugung erlangen die Kombinationsbetriebe eine Macht, durch die sie nicht nur den reinen Werken im Kohlenbergbau, in der Roheisenproduktion und in der Herstellung der Produkte B immer gefährlicher werden, sondern auch den bestehenden Syndikaten große Schwierigkeiten machen. Die Kombinationsbetriebe in der Montanindustrie würden aus dem Rahmen der bestehenden Kartelle heraus, da die wirtschaftlichen Interessen des einzelnen Kombinationsbetriebes sich mit den von den bisherigen Syndikaten vertretenen Interessen der reinen Werke nicht mehr decken. Die gemischten Werke wollen zugunsten der reinen Werke keine Opfer bringen: das zeigt das Schicksal der reinen Walzwerke, das zeigt die Privilegiierung der Hüttenwerke im Kohlenbergbau, das zeigt endlich auch das Verhalten der gemischten Betriebe den reinen Walzwerken gegenüber. Immer stärker tritt die Unmöglichkeit zutage, zwischen den gemischten und den reinen Werken eine für die letzteren aussichtsreiche Vereinigung aufzufinden zu bringen. An diesem Gegenstand müssen die bestehenden Kartelle notwendig scheitern.

Aber damit ist der Gedanke der Produktions- und Preisregelung in der Montanindustrie keineswegs aufgegeben, sondern nur eine Form des Zusammenschlusses befreit, die wegen der Regelmäßigkeit der Interessen der Mitglieder nicht mehr aufrecht zu erhalten ist. Die bisherigen Kartelle beruhen auf der Vorherrschaft der reinen Betriebe. Die Bildung der Kombinationsbetriebe und ihre Erfahrung während des letzten Dezenniums erfordern für die Producion und Preisregelung neue Formen und neue Wege. Die Kombinationsbetriebe werden sich enger zusammenfüllen, entweder in der Weise, dass der Stahlwerksverband in dem gewöhnlichen Grade sich ausbildungsfähig erweist, oder es wird, wie es bei der Bildung des amerikanischen Stahlkonzerns der Fall war, durch eine finanzielle Transaktion großen Stils eine einheitliche Kontrolle über die bestehenden Kombinationsbetriebe herzuführen gesucht. Man mag eine solche Entwicklung unter verschiedenen Gesichtspunkten bedauern, aber man wird nicht verhindern dürfen, dass durch sie sowohl der technische als auch der kaufmännische Fortschritt der deutschen Montanindustrie gewährleistet wird. Der Kombinationsbetrieb an sich schon ist den getrennt nebeneinander bestehenden reinen Betrieben in jeder Weise überlegen, noch mehr wird dies der Fall sein, wenn die Produktions- und Preispolitik der gemischten Betriebe eine gemeinsame und einheitliche ist. Und wenn man auch im Hinblick auf den Einheitsmarkt alle diese Vorteile gering schätzen wollte, die internationale Konkurrenz zwinge die deutsche Montanindustrie zu einer solchen Organisation, die eine Verbilligung der Herstellungskosten und damit der Preise garantiert.

Wenn man aber fragt, was aus den reinen Werken werden soll, so braucht man keineswegs allzu trübe Überzeugungen in die Zukunft zu blicken. Die reinen Stahlengesellschaften werden nach einer Verstärkung mit den gemischten Betrieben eine neue vorteilhaftere Form der Vereinigung finden können, als sie jetzt das Kohlenkonsortium ihnen bietet. Die reinen Walzwerke werden sich entweder an Kombinationsbetriebe anschließen oder sich zu solchen entwickeln müssen. Jedenfalls geraten sie in starke Abhängigkeit von der Preispolitik der gemischten Betriebe. Relativ am schwierigsten daran sind und bedürfen die reinen Walzwerke. Sobald sie nicht Spezialerzeugnisse produzieren, für die die Walzwerke der Kombinationsbetriebe nicht in Frage kommen, müssen sie den nachstehenden Weltmarken erliegen. Dagegen dürfte es keine Rettung geben, auch selbst dann nicht, wenn die Gesetzgebung den reinen Walzwerken ihre Weiterbestehen gewissermaßen faktisch erleichtern sollte.

Gerade ein solches Eingreifen der Gesetzgebung könnte den Anlass dazu abgeben, dass die gemischten Werke den Prozess einer trautartigen Vereinigung schneller vollziehen, als sie es tun, wenn man der Entwicklung freien Raum lässt. Der wirtschaftliche Fortschritt heißt Opfer und ist mit sozialen Nachteilen verbunden. Man kann leichter zu mildern oder abschwächen suchen, aber man wird ohne sie einen wirtschaftlichen Fortschritt nie und niemals erzielen können. Bei der Abwälzung der Vor- und Nachteile wirtschaftlicher Umwälzungen wird man immer in erster Linie unterliegen müssen, ob das Resultat für die gesamte Volkswirtschaft einen Fortschritt darstellt. Ist dies der Fall, so müssen noch so schwerwiegende Nachteile privatwirtschaftlicher Art als unvermeidlich hingenommen werden. Das mag hart klingen, ist aber nur eine Erfahrungstattheit aus der Wirtschaftsgeschichte, die man nicht verschleiern soll.

Die Auflösung respektive die Unhaltbarkeit der bestehenden Kartelle in der Montanindustrie ist keineswegs ein Beweis gegen die sozialistische Organisation unserer Produktion, sondern sie ist die Voraussetzung für eine höhere Form der Kartellierung, die wie in einem trautartigen Gebäude zu erkennen haben. Gerade im laufenden Jahre treten in den Tendenzen einer solchen Entwicklung immer deutlicher hervor. Wir gehen keineswegs nach Auflösung der bestehenden Kartelle wieder einer reinen Konkurrenz, sondern vielmehr einer Periode entgegen, in der die Produktion und die Preise einer strafferen und den Interessen der Kombinationsbetriebe besser angepassten Weise geregelt wird.

Neues aus aller Welt.

Das Schiff des Ballons Hergestell.

London, 18. Oktober. Miss Marlowe wird berichtet: Der kleine norwegische Heringdampfer Nagasab wurde bereits auf seiner Fahrt von Romberg den Ballon Hergestell umschlungen. Seine 100 Seemeilen nordwestlich von Helgoland half unter Wasser schwimmend. Wie Kapitän Gunderson erzählte, lag er den Ballon am Donnerstag; er war teilweise entzweit, der Kapitän schwerte auf ihm an, und der obere Teil des Ballons platzte, als der Dampfer gegen ihn stieß. Der Mannschaft des Dampfers gelang es, die Hülle an den Klippen zu lösen, worauf der Ballon vorsichtig aufs Meer gesetzt wurde. Die Hülle des Ballons schaute, sie war offenbar losgerissen; von den Klippen handelt es sich nicht. Kapitän Gunderson führte, dass sie umgedreht sind, doch liegt auch die Möglichkeit vor, dass sie von einem vorübergehenden Dampfer oder einer Fischerei aufgenommen wurden. Der deutsche Konsul in Marlowe ging an Bord des Nagasab und stellte fest, dass der Ballon Hergestell war; die Hülle wurde von den Seemannen in Sicherheit genommen.

Die Hülle des Ballons Hergestell befindet sich im guten Zustande, sie war nach Fließlagen des Kapitäns kaum merklich beschädigt.

Berlin, 18. Oktober. Den Morgenblättern zufolge erlitt die Schuleerin Mathilde Renz im Circus Wulff einen Unfall. Als sie

während der Vorstellung eine Hürde nehmen wollte, sprang das Tierschutzfond und stürzte mit der Steinrinne zu Boden, bis einen Knöchel brach erlitten.

Marienwerder, 18. Oktober. Gestern abend sind beim Rangieren auf Bahnhof Marienwerder mehrere offene Güterwagen nach der Strecke zu abgeworfen. Sie ließen zwischen Sedlitz und Marienwerder auf einen Güterzug auf, wobei einige Wagen beschädigt wurden; ein Pferd und ein Bremer haben dabei unerhebliche Verletzungen erlitten.

Sattawit, 18. Oktober. Wie das Oberschlesische Tageblatt meldet, ist heute früh im Polizeigefängnis ein dort eingelieferter russischer Arbeiter unter Folterverdächtigen erschlagen worden. Das Gefängnis wurde auf Anordnung der Medizinalbehörde auf das Sterbende abgesperrt und unter Quarantäne gestellt.

Norderney, 18. Oktober. Die holändische Hall Wassalt mit 1500 Sac Welt lief auf dem Watt auf und sprang los.

Brüssel, 18. Oktober. Starke Nebel verankerte gestern vormittag auf der Strecke Tivoli-Mont-Saint-Trond den Zusammenhang zweier Züge, die entgleisten. Bis jetzt steht man fest, dass von den Fahrzeiten zwei getötet und 13 schwer verletzt wurden.

Newport, 18. Oktober. Die Waldbahn läuft im nördlichen Teil von Michigan mit unveränderter Macht. Auf der Halbinsel Escarp wurden zahlreiche, 200 bis 400 Einwohner wohnende Dörfer zerstört. Genau Angaben sind wegen der zerstörten Straßen unmöglich. Ein Dampfer eines Jages mit Flüchtlingen sprang, um den Flammen zu entgehen, in den Kanal der Lokomotive. Das Fahrzeug geriet durch die große Hitze ins Sieden und der Dampfer wurde buchstäblich zu Tode gesotten.

Wetterprognose des Sächs. Meteorologischen Instituts zu Dresden für den 20. Oktober 1908:

Großherzogtum Sachsen-Meiningen: teils heiter, teils wolken; leichter Frost.

Wetterbericht von der Wetterklude an der Augustusbrücke am 19. Oktober mittags 12 Uhr:

Bartometer: 761. Säure Wertet.

Thermometer: +4° R.

Thermometrograph: Min. +1, Max. +7.

Drosometer: 80%.

Wetterkunde: -18°.

Dresdner Polizeibericht vom 19. Oktober.

Um Freitag fiel ein breiter Kanalbau an der Altkönigsberg hinter Leibnitz beschädigter Nebenstrasse unverhohlen in den 7½ Meter tiefen Kanal und lag sich ein Strohverleger zu. Er musste in das Friedrichshäuser Krankenhaus gebracht werden. Ein Beschuldigter Dritter liegt nicht vor.

Vor gestern früh stürzte auf der Oppellstraße ein radfahrender Bischöfswinkel infolge Bruch der an der Leitstange befindlichen Gabel so heftig zu Boden, dass er bestimmt liegen blieb. Einige Männer trugen den Verunglückten, der eine Gehirnerschütterung und Verletzungen am Unterleib und an der Nase erlitten hatte, nach seiner Wohnung, wo er das Bewusstsein wieder erlangte.

Auf der Rosenthalstraße wurde am Freitag ein dreijähriger Knabe beim Überqueren der Straße von den Pferden eines Postwagens umgeworfen. Der Kneine kam mit einer Kopfrente davon. Dem Geschäftsführer ist eine Schuld nicht beizumessen.

Letzte Telegramme.

Parteikonferenz in Baden.

Karlsruhe, 19. Oktober. (Privatelegramm.) Vom Landesvorstande der sozialdemokratischen Partei in Baden war für gestern eine Parteikonferenz einberufen, um Stellung zu den Nürnberger Beschlüssen und zu den bevorstehenden Landtagswahlen zu nehmen. Es nahm der Teil der bisherigen Landtagsabgeordneten, die Vertreter der Wahlkreisvereine, der Landesvorstand und Vertreter der badischen Parteizelle.

Vor vorherigen wurde festgestellt, dass keine Beschlüsse gefasst werden sollten, sondern lediglich eine Aussprache beschlossigt sei, die dem Landesvorstand die Richtlinien für sein ferneres Arbeiten geben sollte. Die Aussprache, die von morgens 10 bis abends 7 Uhr währt, beschäftigte sich mit der Erörterung der Bubbelfrage, der Erklärung des 66 und den sich daran knüpfenden Preisproblemen. Die Mehrheit der Konferenz billigte die Erklärung des 66, man war sich jedoch nicht über deren Auslegung einig. Einige der Unterzeichner bestitzen, dass die Erklärung die Tugendlehre gehabt habe, die Unterzeichner fühlen sich nicht an die Parteileitungsbeschlüsse gebunden.

Die Preisprobleme gaben zu einer langen und heftigen Debatte Anlass. Beschlüsse wurden auch hier nicht gefasst. Das Ergebnis der Konferenz kann davon zusammenfassend werden, dass man einstimmig forderte, dass wieder Ruhe und Frieden in die Reihen der vorliegenden Landtagswahlkämpfe.

Das Einkommensteuergefecht in Meiningen.

Meiningen, 19. Oktober. (Privatelegramm.) Das neue Einkommensteuergefecht, das Steuerbefreiung bis zum Einkommen von 900 M. vorschlägt, ist auf Betreiben der reaktionären Landtagsmechthalt ergebnislos geschieden.

Zur Orientkonferenz.

Sofia, 19. Oktober. Hier sind über Konstantinopel zwei Abgesandte des jugoslawischen Botschaftsmitteils und Balkan eingetroffen. Sie sollen hier über einen friedlichen Ausgleich der jugoslawischen Bulgaren und der Türkei handelnden Fragen verhandeln. Zu diesem Zweck wandten sie sich an den sogenannten Einigungsausschuss, der sich hier unter dem Vorwurf des türkischen Staatsmannes Ratschowitsch bald nach Abschaffung der türkischen Verfassung gebildet hatte. Der Ausschuss ist zusammengetreten aus Vertretern aller Parteien. Er hatte gemeinsame Beratungen mit den Abgesandten, die auch vom Ministerpräsidenten Blatinow empfangen wurden. In den gemeinsamen Beratungen des Ausschusses und der Delegierten wurden friedliche Verhandlungen gewünscht. Der Regierungsbotschafter Wissowitsch, Ministerpräsident Blatinow wünschte den Krieg nicht und werde nichts unternehmen, um dem Kriege zu entgehen. Im übrigen Sinne äußerten sich die jugoslawischen Delegationen. Allen Anschein nach handelt es sich um eine von den beiden Regierungen geförderte Aktion, mit Umgehung der Rädte zu einem direkten Einvernehmen zu gelangen und solcherart auch die vorbereitung liegende Balkankonferenz gegenstandslos zu machen.

Marokkanische Kämpfe.

Frankfurt a. M., 19. Oktober. Wie die Frankfurter Zeitung und Tanger berichten, meldet ein Kurientelegramm auf Nagazor einen Kampf zwischen französischen und marokkanischen Truppen, bei dem die Polizei Tote und Verwundete hatte.

Die Waldbrände in den Vereinigten Staaten.

Reutlingen, 19. Oktober. Ein etwa hundert Kilometer breiter Feuerstreifen wölbt sich unverstetig über Michigan hin. Nördlich von West-Brandenburg sind Männer, bisher vergeblich, die Flammen aufzufangen und mit Frauen und Kindern durch das Feuer zu entkommen. Von den bisher Verbrennten wurden 1000 Menschen gefunden. Einige Kinder wurden gesammelt, dass einzige Überlebende der in den Flammen umgekommenen Flüchtlinge aus Rep. Ron doxi. Es ist nur die Steintruppe der Kirche übrig. Die Verbündeten werden ständig länger, und es ist noch keine Rettung möglich, da die Wälder gänzlich ausgetrocknet sind.

Trotz, 19. Oktober. Die Waldbrände bei Pecque-Nale erledigen sich über eine Fläche von 100 Quadratmeilen und

Achtung! Achtung!

Donnerstag den 22. Oktober, abends 9 Uhr

Grosse öffentl. Protest-Versammlung

im großen Saale der Centralhalle, Fischhofplatz 10.

Tages-Ordnung:

Das neue Steuerpaket der Reichsregierung und die drohende Vernichtung der Tabakindustrie.

Referent: C. Delmann, Bremen, Vorsitzender des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes.

Herr Dr. Heine, Reichstagsabgeordneter des 5. Kreises, ist zu dieser Versammlung eingeladen.

Zigarrenfabrikanten, Kaufleute, Interessenten und Konsumenten, Tabak- und Zigarettenarbeiter! Erheben in Waffen in dieser wichtigen Versammlung!

Öffentliche politische Versammlung! Einberufer: H. Pfeiffer, Kreis-Reuter-Straße 6, 1.

4. Kreis. Kötzschenbroda, Naundorf, Zitzschewig.

Sonnabend den 24. Oktober 1908, abends 9 Uhr

Gr. Volksversammlung

im Saale des Goldenen Aufers in Kötzschenbroda.

Tages-Ordnung:

500 Millionen neuer Steuern.

Debatte. Referent: Genosse Dr. Georg Grädnauer. Debatté.

Arbeiter, Arbeitnehmer! Erheben in Waffen in dieser wichtigen Versammlung; es gilt, gegen den neuen Beutung auf die Leidenschaft des arbeitenden Volkes zu protestieren. Besonders die Frauen und die über 18 Jahre alten Arbeitnehmer sind zu dieser Versammlung eingeladen.

Öffentliche politische Versammlung! Einberufer: Dr. Schubert, Niederlößnitz, Blumenstraße 5.

Sozialdemokratischer Verein für den 6. sächsischen Reichstagswahlkreis.

Partei-Referatssitz: Döhlen, Brücke, Döbelnerstraße 77 G. 1. Tel. 774.

Barzeit: Donnerstag von 8 bis 1 Uhr und 3 bis 6 Uhr, Sonntag von 7 Uhr abends.

Bezirk Cotta.

Donnerstag den 20. Oktober 1908, abends 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Gasthof zu den Linden, Bickenhauser Straße. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Oswald Graef; Umkurs oder Entwicklung. 2. Bericht aus der Kreisvorstandssitzung. 3. Vereinsangelegenheiten.

Zahlreiches und pünktliches Er scheinen erwartet. Die Verwaltung.

Bezirk Striesen.

Donnerstag den 22. Oktober 1908, abends 8½, Uhr, Mitglieder-Versammlung im Sächsischen Prinzen, Schönauer Straße. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Matz aus über: Das Recht der Arbeit. 2. Bericht aus der Kreisvorstandssitzung. 3. Vereinsangelegenheiten.

Zahlreiches und pünktliches Er scheinen erwartet. Die Verwaltung.

Gruppe Deuben.

Mittwoch den 21. Oktober, abends 8½, Uhr, im Kunath's Restaurant in Deuben Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: 1. Das kommunistische Manifest. Referent: Genosse Bülow. 2. Bericht aus der Kreisvorstandssitzung. 3. Allgemeines.

Zahlreiches Er scheinen erwartet. Die Verwaltung.

Gruppe Mügeln.

Mittwoch den 21. Oktober 1908, abends 8½, Uhr, Mitglieder-Versammlung im Alten Gasthof in Mügeln.

Tages-Ordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder und Abreise der Beiträge.
2. Vortrag des Genossen Klumig über Budget und Budgetrecht.
3. Bericht aus der Vorstandssitzung.
4. Vereinsangelegenheiten.

Zahlreiches Er scheinen erwartet. Die Gruppenverwaltung.

Gewerkschaftskartell Dresden

Donnerstag den 22. Oktober, abends 9 Uhr

Versammlung

im kleinen Saale des Volkshauses.

Tagesordnung: Vereinsangelegenheiten.

Legitimationskarten mitbringen! Zahlreiches Er scheinen erwartet. Der Vorstand.

Steinarbeiter

Mittwoch den 21. Oktober, abends 8½, Uhr

Blättervertretersitzung aller Branchen

im Dresdner Volkshaus.

Es muss jeder Werktag vertreten sein. Die Ortsverwaltung.

Kleine Z.

Mittwoch 7 Uhr:

Sitzung.

Rest. u. Bad Erholung

Kemnitz bei Dresden

Schlachtfest

Mittwoch von 6 Uhr abends an:

Wurstfest.

Mittwoch von 18 Uhr an:

Peper- und Grützwürste.

Es findet erg. ein Gerhard Weigel.

Radeberg.

Turnverein „Vorwärts“

Donnerstag den 20. Oktober

abends 9 Uhr im Kaiserhof

Monats-Versammlung.

Zahlreiches Er scheinen erwartet.

Der Turnen.

5000 Str. Speiselöffeln

geräumt aufzuhängen magnum bonum, Siebka, rote Zwiebelöffeln,

so dass es wohl 10 Pf. 25 Pf. Rentner 2.30 bis 2.40 Pf.

bei 5 Rentnern 10 Pf. billiger, nur

Leipziger Straße 28, Rottweilhamb.

Mod. Kinderwagen

büßig zu ver. Pfifengasse 8, pt.

Bürger-Schänke

Palmestrasse eine Minute vom Postplatz.

Jeden Dienstag von abends 1½ Uhr an

Grosses Gänse-Essen

mit Rotkraut und Kartoffeln.

Nur grosse Portionen à 65 Pf.

Spezial-Karte von Sachsen mit Abgrenzung der Reichstagswahlkreise

Maßstab: 1 : 300 000.

In drei Arten (Taschenformat gefalzt): à 50 Pf. in Umschlag, 1.55 M. in Einband (Buchform), 1.75 M. auf Leinwand gerollt.

Wichtig für Radfahrer, Touristen, Politiker.

Die Karte ist in 4 Farben gedruckt, enthält aufs genannte die Orts- und Strassenangaben, Bodenerhebungen in Metern, Waldungen, Flüsse, Eisenbahnen mit Stationen usw.

Über den Reichstagswahlkreisgrenzen, eine Nenerung, welche besonders vorteilhaft ist, sind auch die Grenzen der Amts- und Kreishauptmannschaften genau angegeben.

Zu beziehen durch die Volksbuchhandlung, Zwingerstrasse Nr. 21.

Geschäfts-Uebernahme.

Der gebräuchlichste Einwohnerkartei von Großschachtwitz und Umgebung, zur gebräuchlichen Kenntnis, daß ich die seither von Herrn Mausich betriebene

Bäckerei

fürstlich übernommen habe. Ich werde bemüht sein, weiter werken Kunden in jeder Weise durch vorzügliche Bedienung gerecht zu werden und bitten, das meinem Herrn Bäcker bewilligte Vertrauen auch auf mich übertragen zu wollen.

Karl Pillnay, Bäckermeister

Großschachtwitz, Bismarckstr. 2, Ecke Birkenstraße.

Achtung! Radfahrer!

Eine Polizeistrafe mehr wegen Vergessens der Legitimationsscheine bei Benutzung der gehei. gescl. Fahrradgriffe „Ideal“. Unentbehrlich für jeden Radfahrer! Preis à Pfot 75 Pf.

Erhältlich bei A. Stünzel, Böhlitz, Dresdner Str. 32, B. Bähr, Fahrzeughändler, Postchappel, Gräfin, Fahrzeughändler, Bauderode.

Hemden - Barchent

sowie gutgearbeitete

Barchent - Wäsche

für Erwachsene und Kinder

In grosser Auswahl

Solid! Billig!

28 Ernst Venus

Annenstr. 28, Gegründet 1882.

Mutter-Spritzen

Stilflaschen à 1 M. an, Griffs-

binden und alle hingebenen

Frauenartikel.

Preisfrei gratis. 10 Proz. Rabatt.

„Am See 32“

Ecke Bismarckstraße/Friedrichstraße.

Ein zehn auf die Firma:

Frau Heusinger

„Am See 32“

Ecke Bismarckstraße/Friedrichstraße.

Ein zehn auf die Firma:

Frau Heusinger

„Am See 32“

Ecke Bismarckstraße/Friedrichstraße.

Ein zehn auf die Firma:

Frau Heusinger

„Am See 32“

Ecke Bismarckstraße/Friedrichstraße.

Ein zehn auf die Firma:

Frau Heusinger

„Am See 32“

Ecke Bismarckstraße/Friedrichstraße.

Ein zehn auf die Firma:

Frau Heusinger

„Am See 32“

Ecke Bismarckstraße/Friedrichstraße.

Ein zehn auf die Firma:

Frau Heusinger

„Am See 32“

Ecke Bismarckstraße/Friedrichstraße.

Ein zehn auf die Firma:

Frau Heusinger

„Am See 32“

Ecke Bismarckstraße/Friedrichstraße.

Ein zehn auf die Firma:

Frau Heusinger

„Am See 32“

Ecke Bismarckstraße/Friedrichstraße.

Ein zehn auf die Firma:

Frau Heusinger

„Am See 32“

Ecke Bismarckstraße/Friedrichstraße.

Ein zehn auf die Firma:

Frau Heusinger

„Am See 32“

Ecke Bismarckstraße/Friedrichstraße.

Ein zehn auf die Firma:

Frau Heusinger

„Am See 32“

Ecke Bismarckstraße/Friedrichstraße.

Ein zehn auf die Firma:

Fra

1. Beilage der Dresdner Volkszeitung.

1212

Nr. 243.

Dresden, Montag den 19. Oktober 1908.

19. Jahrgang

Sächsische Angelegenheiten.

Ein nationalliberaler Landesausschuss über das Wahlrechtseckend.

Am Sonntag hat in Dresden der Landesausschuss der nationalen Partei in Sachsen getagt, der sich mit der Wahlrechtsfrage beschäftigte. In den Verhandlungen erschien die Haltung der nationalen Landtagsfraktion mehrfach kritisch. Der Abg. Langhammer vertrat sich gegen die ihm gemachten Vorwürfe und erklärte die Frage der Wahlkreiseinteilung im wahren Augenblick als ueben-sächlich, da die Regierung das Kompromiss abgesetzt habe, denn es gälte vor allen anderen, das Komprromiss gegenüber dem neuen Entwurf zu vertreten. Nicht er sei der des Komprromiss, sondern 28 Mitglieder der nationalliberalen Partei hätten zugestimmt. Es sei ganz gleichgültig, ob man den einen oder den Hettnerischen Entwurf umsetze. Die dissen- enzende Stellung einiger nationalliberaler Abgeordneter habe Partei geschadet; nur Einheitlichkeit und Geschlossenheit der Partei fördern. Es sei so liberal geblieben wie bisher. Pfing (Bittau) schilderte die Situation vom Standpunkt der entierten Abgeordneten. Die nationalliberalen Fraktion sei in der glücklichen Lage einer harten Geschlossenheit gewesen, dem Komprromiss habe sie aber die konser- vative Partei, die zuerst gefahren gewesen sei, in Sattel gehoben. Im Gegenzug zum Vordringen betrete er auch jetzt noch die Wahlkreiseinteilung als wesentlichen der ganzen Reform. Eine gerechte Wahlkreiseinteilung sei die heimliche Förderung der nationalliberalen Partei, durch politische Macht würde die Partei schon die wünschenswerte Anzahl von Wahlkreisen erhalten. Professor Dr. Brandenburg (Leipzig) sagte, die Partei habe sich in den Konferenzen und der Regierung beim Komprromissfluss getäuscht, sie müsse in Einigkeit ihre Forderungen stellen. Er beantragte unter allgemeiner, lebhafter Zustimmung innahme folgender Resolution:

"Der Landesausschuss billigt die lebte Erklärung der Fraktion gegenüber den neuesten Wahlrechtsgrundlagen der Regierung und auf die Fraktion, auf den damit eingeschlagenen Wege einzügig zu verzichten. Der Landesausschuss erkennt an, daß nach dem Vorschlag der Regierung der zweijährige Wahlgang, die Dreitagsneuerung und der 80-Wahlkreis befehligen werden sollen. Aber eine schroffe Scheidung der Wähler in zwei Kammern, deren eine in ganz unethischer Weise auszustimmen ist, hält Landesausschuss für ganz unumstößlich und weist darauf hin, daß Mittel und Wege gibt, die den Erfolg auch einer gemäßigten Einheitsaufstellung verhüten. Die Einführung der beschränkten Wahlteilnahme für die großen Städte lehnt der Landesausschuss ab, weil er die verbindliche Behandlung der großen Städte des übrigen Landes verurteilt. Die Wahlkreiseinteilung des Regierungsentwurfs hält der Landesausschuss nicht für unannehmbar und bittet die Fraktion, auf eine zahlen Gründen entsprechende Einteilung in geographisch gleichen Wahlkreise mit möglichst gleicher Bevölkerungsgröße auf Grundlage des Hettnerischen Entwurfs hinzuwirken."

Abg. Wielert (Wolau) rechtfertigte hierauf nochmals den zonenfreundlichen Standpunkt, den vom Abg. Langhammer und vertretenen worden ist. Den neuen Regierungsentwurf lehne er wegen schlechtem Altersgrundsatz ab. Hettner (Dresden) stellte fest, daß die konser- vative Fraktion majorisiert habe. Im übrigen dürfe jen ein einziger Schritt des Entgegenkommens getan werden. Abg. Dr. H. Wipper (Leipzig) rechtfertigte nochmals den Standpunkt der Hettner. Dr. Rudolph (Leipzig) bat um einstimmige Annahme der Resolution Leipzig. Claus (Leipzig) unterzog die Ausführungen Borsigkammer und Wielert einer eingehenden Kritik, der Nationalliberalen könne kein großes Gefallen mehr, als die Annahme des neuen Regierungsentwurfs durch Konferenzion. Abg. Dr. Strelcman (Cöthen) schloß für den Fall, daß die Regierung ihren neuen Entwurf durchsetzen will, die Forderungen im geringen Lande zu unterstützen. Es ist überzeugt, daß die Regierung diesen Widerspruch gering anstrengen werde. Man muß ihr klar machen, daß wir der Sozialdemokratie abgewandten Wahlkreise nicht behaupten, wenn die Regierung zusammen mit den Konser- vativen einen Kompromiss machen würde.

Gleichzeitig wurde die oben niedergegebene Resolution der übrigen Nationalliberalen einstimmig und mit lebhaftem Beifall angenommen, ebenso ein Antrag Strelcman, im ganzen Lande bei Verhandlungen gegen den neuen Wahlrechtsvorschlag abzusezten.

Liberale Wahlrechtsverbessezung.

Einen interessanten Verlauf nahm eine am Sonnabend in beiden Sälen abgehaltene öffentliche Versammlung, in der der nationalliberalen Abgeordneten Landgerichtsdirektor Hettner seinen Bericht über die Tätigkeit des Landtags in der letzten Session erstattete. In seinem Vortrage ließ dann der Redner einzelne gelegeschehende Abreisen, die der Landtag im letzten Jahr erlebt hat. Renvue nahmen, ohne dabei natürlich zu unterlaufen, Parteien der nationalliberalen Partei für die Beamten und Lehrer besonders hervorzuheben. Die jüngst wiederholte und im Vorbergrunde politischen Interessen stehende Frage, daß Wahlkreis, behandelte er am Schluß seiner Ausführungen mit einer ausstehenden Kürze, gleichzeitig bemerkte er, daß man es begreifen werde, wenn er sich in einem anderen Standpunkt der Sache eine gewisse Zurückhaltung aufweise. (1) Als er den Wunsch auf Abhaltung der Versammlung gehegt habe, hätte er noch nicht abheben können, daß die Situation in der Wahlrechtsfrage sich daran zuwenden würde. Nachdem Herr Hettner nochmal den bisherigen Verlauf der Verhandlungen in der Abrege und die Stellungnahme der Nationalliberalen dargelegt habe, kam er auf das Komprromiss zu sprechen. Er habe gesagt, daß er zu folgen sei, weil es gegen das rechte Dreiklassenwahlrecht mehrere erhebliche Vorteile brachte und auch die Hoffnung bestanden habe, daß noch verschiedene berechtigte Männer, besonders hinsichtlich des besseren Wahlkreiseinteilung, Verständigung finden würden. Diese Hoffnung sei aber immer mehr und mehr gesunken. Der Vorschlag des Reichsrats Heintz sei daran, daß man sein Wahlrecht, wenn man zusammen kommen kann, denn einmal sei er auf die aggressiven Bedürfnisse zugestimmt und zum anderen sei er speziell gegen die Sozialdemokratie ausgearbeitet. (Lebhafte Aufführung.) In der Übersrede bei Eröffnung des Landtags ist verorden worden, ein Wahlrecht zu schaffen, das bei allen Klassen der Bevölkerung die Freude an der Beteiligung im politischen Leben wiederbringe. Der heimliche Entwurf sei aber zu einem anderen eher geeignet, als dies Vertrags einzulösen. Einem Wahlgegenentwurf, der großen Gruppen der Bevölkerung Wohlstand und Unruhen bewirken müsse, werde er nie zustimmen. (Beifall.) Den Großhändlern werden und Leipzig willig der Einmarsch nur je 7 Vertreter zu. Wo ist da die Gerechtigkeit? Wenn man auch bei der Bemühung

des Wahlrechts nicht bloß die Einwohnerzahl berücksichtigen dürfe, sondern gewisse Konzessionen machen müsse, so leisten die Unterschiede in der Wahlkreiseinteilung dann doch zu groß. In Betracht komme, daß diese Ungleichheiten sich mit der Zeit bei dem zunehmenden Wachstum der Städte noch verschärfen. Die Wahlkreiseinteilung ist deshalb vom größeren Teile der Nationalliberalen auch abgelehnt worden. Die Konferenzen aber hätten durch Annahme des heimlichen Entwurfs gegen den integrierenden Bestandteil des Abkommen verzogen. Infolgedessen sei das Komprromiss gelichtet. Die Regierung sei nunmehr aus ihrer Neutralität herausgetreten und habe erklärt, unter welchen Bedingungen sie die Komprromisvorstellung annehmen wolle. Wenn auch dadurch dem Deutschen Kaiser eine Reihe der schlimmsten Gültigkeiten aufgezogen worden sei, so enthalte der Regierungsvorschlag anderseits Vorschläge, gegen die die schwersten Bedenken auftreten müssen. Über die Frage, ob daß die Großstädte vorgelegte Proportionalwahlrecht eine Verbesserung ist, könne man geteilte Meinung sein. Es halte sie für eine solche, der größere Teil seiner politischen Freunde aber nicht. Der vorherige Vorschlag auf Einstellung der Wähler in zwei Klassen mit 1 und 4 Wahlkammern müsse noch viel ungünstiger auf die Bevölkerung einwirken als das jetzige Dreiklassenwahlrecht. Die Regierung müsse sich über die folgenden Vorschläge nicht beklagen: 1. nur Einheitlichkeit und Geschlossenheit der Partei fördern. Es sei so liberal geblieben wie bisher. Pfing (Bittau) schilderte die Situation vom Standpunkt der entierten Abgeordneten. Die nationalliberalen Fraktion sei in der glücklichen Lage einer harten Geschlossenheit gewesen, dem Komprromiss habe sie aber die konser- vative Partei, die zuerst gefahren gewesen sei, in Sattel gehoben. Im Gegenzug zum Vordringen betrete er auch jetzt noch die Wahlkreiseinteilung als wesentlichen der ganzen Reform. Eine gerechte Wahlkreiseinteilung sei die heimliche Förderung der nationalliberalen Partei, durch politische Macht würde die Partei schon die wünschenswerte Anzahl von Wahlkreisen erhalten. Professor Dr. Brandenburg (Leipzig) sagte, die Partei habe sich in den Konferenzen und der Regierung beim Komprromissfluss getäuscht, sie müsse in Einigkeit ihre Forderungen stellen. Er beantragte unter allgemeiner, lebhafter Zustimmung innahme folgender Resolution:

"Der Landesausschuss billigt die lebte Erklärung der Fraktion gegenüber den neuesten Wahlrechtsgrundlagen der Regierung und auf die Fraktion, auf den damit eingeschlagenen Wege einzügig zu verzichten. Der Landesausschuss erkennt an, daß nach dem Vorschlag der Regierung der zweijährige Wahlgang, die Dreitagsneuerung und der 80-Wahlkreis befehligen werden sollen. Aber eine schroffe Scheidung der Wähler in zwei Kammern, deren eine in ganz unethischer Weise auszustimmen ist, hält Landesausschuss für ganz unumstößlich und weist darauf hin, daß Mittel und Wege gibt, die den Erfolg auch einer gemäßigten Einheitsaufstellung verhüten. Die Einführung der beschränkten Wahlteilnahme für die großen Städte lehnt der Landesausschuss ab, weil er die verbindliche Behandlung der großen Städte des übrigen Landes verurteilt. Die Wahlkreiseinteilung des Regierungsentwurfs hält der Landesausschuss nicht für unannehmbar und bittet die Fraktion, auf eine zahlen Gründen entsprechende Einteilung in geographisch gleichen Wahlkreise mit möglichst gleicher Bevölkerungsgröße auf Grundlage des Hettnerischen Entwurfs hinzuwirken."

Als Vertreter des Linksliberalismus sprach ein Herr A. Schubert, der sich als Gegner des von den Nationalliberalen empfohlenen Altwahlrechtsflusses erklärte. Er rümpfte das Allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht für Sachsen, die Zweite Kammer solle eine Wahlkammer sein und nicht eine Filiale der Ersten Kammer. Eine Wahlkammer einer logindemokratischen Mehrheit sei nicht so möglich. Wenn die Nationalliberalen nicht für das allgemeine Wahlrecht eintreten könnten, dann sollten sie aber wenigstens auf zwei Wahlkammern bestehen. Dann sei eine sozialdemokratische Mehrheit ausgeschlossen. Die zwei Wahlkammern würden natürlich nur für eine Übergangszeit zu gebrauchen sein, dann müsse das allgemeine Wahlrecht kommen.

Lehrer Beck (Kreis): Sein Bericht bestätigt, daß man von einer Stufe der Entwicklung auf die andere herabzusteigen. Hettner habe immer geglaubt, daß noch etwas Brauchbares zu finden kommen werde, und so wie ihm sei es seiner Partei gegangen. Er legt fest, daß die nationalliberalen Partei den Schritt getan, den sie schon längst tun müsste, nämlich liberale Ansprüche mit Einheitlichkeit zu vereinigen. Es sei unglaublich, daß die Nationalliberalen sich dem Wahlschein gegeben haben, die Konferenzen würden denkt auf dem Wahlschein eintreten könnten, dann sollten sie aber wenigstens auf zwei Wahlkammern bestehen. Dann sei eine sozialdemokratische Mehrheit ausgeschlossen. Die zwei Wahlkammern würden natürlich nur für eine Übergangszeit zu gebrauchen sein, dann müsse das allgemeine Wahlrecht kommen.

Lehrer Beck (Kreis): Sein Bericht bestätigt, daß man von einer Stufe der Entwicklung auf die andere herabzusteigen. Hettner habe immer geglaubt, daß noch etwas Brauchbares zu finden kommen werde, und so wie ihm sei es seiner Partei gegangen. Er legt fest, daß die nationalliberalen Partei den Schritt getan, den sie schon längst tun müsste, nämlich liberale Ansprüche mit Einheitlichkeit zu vereinigen. Es sei unglaublich, daß die Nationalliberalen sich dem Wahlschein gegeben haben, die Konferenzen würden denkt auf dem Wahlschein eintreten könnten, dann sollten sie aber wenigstens auf zwei Wahlkammern bestehen. Dann sei eine sozialdemokratische Mehrheit ausgeschlossen. Die zwei Wahlkammern würden natürlich nur für eine Übergangszeit zu gebrauchen sein, dann müsse das allgemeine Wahlrecht kommen.

Als Vertreter des Linksliberalismus sprach ein Herr A. Schubert, der sich als Gegner des von den Nationalliberalen empfohlenen Altwahlrechtsflusses erklärte. Er rümpfte das Allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht für Sachsen, die Zweite Kammer solle eine Wahlkammer sein und nicht eine Filiale der Ersten Kammer. Eine Wahlkammer einer logindemokratischen Mehrheit sei nicht so möglich. Wenn die Nationalliberalen nicht für das allgemeine Wahlrecht eintreten könnten, dann sollten sie aber wenigstens auf zwei Wahlkammern bestehen. Dann sei eine sozialdemokratische Mehrheit ausgeschlossen. Die zwei Wahlkammern würden natürlich nur für eine Übergangszeit zu gebrauchen sein, dann müsse das allgemeine Wahlrecht kommen.

Als Vertreter des Linksliberalismus sprach ein Herr A. Schubert, der sich als Gegner des von den Nationalliberalen empfohlenen Altwahlrechtsflusses erklärte. Er rümpfte das Allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht für Sachsen, die Zweite Kammer solle eine Wahlkammer sein und nicht eine Filiale der Ersten Kammer. Eine Wahlkammer einer logindemokratischen Mehrheit sei nicht so möglich. Wenn die Nationalliberalen nicht für das allgemeine Wahlrecht eintreten könnten, dann sollten sie aber wenigstens auf zwei Wahlkammern bestehen. Dann sei eine sozialdemokratische Mehrheit ausgeschlossen. Die zwei Wahlkammern würden natürlich nur für eine Übergangszeit zu gebrauchen sein, dann müsse das allgemeine Wahlrecht kommen.

Als Vertreter des Linksliberalismus sprach ein Herr A. Schubert, der sich als Gegner des von den Nationalliberalen empfohlenen Altwahlrechtsflusses erklärte. Er rümpfte das Allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht für Sachsen, die Zweite Kammer solle eine Wahlkammer sein und nicht eine Filiale der Ersten Kammer. Eine Wahlkammer einer logindemokratischen Mehrheit sei nicht so möglich. Wenn die Nationalliberalen nicht für das allgemeine Wahlrecht eintreten könnten, dann sollten sie aber wenigstens auf zwei Wahlkammern bestehen. Dann sei eine sozialdemokratische Mehrheit ausgeschlossen. Die zwei Wahlkammern würden natürlich nur für eine Übergangszeit zu gebrauchen sein, dann müsse das allgemeine Wahlrecht kommen.

Als Vertreter des Linksliberalismus sprach ein Herr A. Schubert, der sich als Gegner des von den Nationalliberalen empfohlenen Altwahlrechtsflusses erklärte. Er rümpfte das Allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht für Sachsen, die Zweite Kammer solle eine Wahlkammer sein und nicht eine Filiale der Ersten Kammer. Eine Wahlkammer einer logindemokratischen Mehrheit sei nicht so möglich. Wenn die Nationalliberalen nicht für das allgemeine Wahlrecht eintreten könnten, dann sollten sie aber wenigstens auf zwei Wahlkammern bestehen. Dann sei eine sozialdemokratische Mehrheit ausgeschlossen. Die zwei Wahlkammern würden natürlich nur für eine Übergangszeit zu gebrauchen sein, dann müsse das allgemeine Wahlrecht kommen.

Als Vertreter des Linksliberalismus sprach ein Herr A. Schubert, der sich als Gegner des von den Nationalliberalen empfohlenen Altwahlrechtsflusses erklärte. Er rümpfte das Allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht für Sachsen, die Zweite Kammer solle eine Wahlkammer sein und nicht eine Filiale der Ersten Kammer. Eine Wahlkammer einer logindemokratischen Mehrheit sei nicht so möglich. Wenn die Nationalliberalen nicht für das allgemeine Wahlrecht eintreten könnten, dann sollten sie aber wenigstens auf zwei Wahlkammern bestehen. Dann sei eine sozialdemokratische Mehrheit ausgeschlossen. Die zwei Wahlkammern würden natürlich nur für eine Übergangszeit zu gebrauchen sein, dann müsse das allgemeine Wahlrecht kommen.

Als Vertreter des Linksliberalismus sprach ein Herr A. Schubert, der sich als Gegner des von den Nationalliberalen empfohlenen Altwahlrechtsflusses erklärte. Er rümpfte das Allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht für Sachsen, die Zweite Kammer solle eine Wahlkammer sein und nicht eine Filiale der Ersten Kammer. Eine Wahlkammer einer logindemokratischen Mehrheit sei nicht so möglich. Wenn die Nationalliberalen nicht für das allgemeine Wahlrecht eintreten könnten, dann sollten sie aber wenigstens auf zwei Wahlkammern bestehen. Dann sei eine sozialdemokratische Mehrheit ausgeschlossen. Die zwei Wahlkammern würden natürlich nur für eine Übergangszeit zu gebrauchen sein, dann müsse das allgemeine Wahlrecht kommen.

Als Vertreter des Linksliberalismus sprach ein Herr A. Schubert, der sich als Gegner des von den Nationalliberalen empfohlenen Altwahlrechtsflusses erklärte. Er rümpfte das Allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht für Sachsen, die Zweite Kammer solle eine Wahlkammer sein und nicht eine Filiale der Ersten Kammer. Eine Wahlkammer einer logindemokratischen Mehrheit sei nicht so möglich. Wenn die Nationalliberalen nicht für das allgemeine Wahlrecht eintreten könnten, dann sollten sie aber wenigstens auf zwei Wahlkammern bestehen. Dann sei eine sozialdemokratische Mehrheit ausgeschlossen. Die zwei Wahlkammern würden natürlich nur für eine Übergangszeit zu gebrauchen sein, dann müsse das allgemeine Wahlrecht kommen.

Als Vertreter des Linksliberalismus sprach ein Herr A. Schubert, der sich als Gegner des von den Nationalliberalen empfohlenen Altwahlrechtsflusses erklärte. Er rümpfte das Allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht für Sachsen, die Zweite Kammer solle eine Wahlkammer sein und nicht eine Filiale der Ersten Kammer. Eine Wahlkammer einer logindemokratischen Mehrheit sei nicht so möglich. Wenn die Nationalliberalen nicht für das allgemeine Wahlrecht eintreten könnten, dann sollten sie aber wenigstens auf zwei Wahlkammern bestehen. Dann sei eine sozialdemokratische Mehrheit ausgeschlossen. Die zwei Wahlkammern würden natürlich nur für eine Übergangszeit zu gebrauchen sein, dann müsse das allgemeine Wahlrecht kommen.

Als Vertreter des Linksliberalismus sprach ein Herr A. Schubert, der sich als Gegner des von den Nationalliberalen empfohlenen Altwahlrechtsflusses erklärte. Er rümpfte das Allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht für Sachsen, die Zweite Kammer solle eine Wahlkammer sein und nicht eine Filiale der Ersten Kammer. Eine Wahlkammer einer logindemokratischen Mehrheit sei nicht so möglich. Wenn die Nationalliberalen nicht für das allgemeine Wahlrecht eintreten könnten, dann sollten sie aber wenigstens auf zwei Wahlkammern bestehen. Dann sei eine sozialdemokratische Mehrheit ausgeschlossen. Die zwei Wahlkammern würden natürlich nur für eine Übergangszeit zu gebrauchen sein, dann müsse das allgemeine Wahlrecht kommen.

Als Vertreter des Linksliberalismus sprach ein Herr A. Schubert, der sich als Gegner des von den Nationalliberalen empfohlenen Altwahlrechtsflusses erklärte. Er rümpfte das Allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht für Sachsen, die Zweite Kammer solle eine Wahlkammer sein und nicht eine Filiale der Ersten Kammer. Eine Wahlkammer einer logindemokratischen Mehrheit sei nicht so möglich. Wenn die Nationalliberalen nicht für das allgemeine Wahlrecht eintreten könnten, dann sollten sie aber wenigstens auf zwei Wahlkammern bestehen. Dann sei eine sozialdemokratische Mehrheit ausgeschlossen. Die zwei Wahlkammern würden natürlich nur für eine Übergangszeit zu gebrauchen sein, dann müsse das allgemeine Wahlrecht kommen.

Als Vertreter des Linksliberalismus sprach ein Herr A. Schubert, der sich als Gegner des von den Nationalliberalen empfohlenen Altwahlrechtsflusses erklärte. Er rümpfte das Allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht für Sachsen, die Zweite Kammer solle eine Wahlkammer sein und nicht eine Filiale der Ersten Kammer. Eine Wahlkammer einer logindemokratischen Mehrheit sei nicht so möglich. Wenn die Nationalliberalen nicht für das allgemeine Wahlrecht eintreten könnten, dann sollten sie aber wenigstens auf zwei Wahlkammern bestehen. Dann sei eine sozialdemokratische Mehrheit ausgeschlossen. Die zwei Wahlkammern würden natürlich nur für eine Übergangszeit zu gebrauchen sein, dann müsse das allgemeine Wahlrecht kommen.

Als Vertreter des Linksliberalismus sprach ein Herr A. Schubert, der sich als Gegner des von den Nationalliberalen empfohlenen Altwahlrechtsflusses erklärte. Er rümpfte das Allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht für Sachsen, die Zweite Kammer solle eine Wahlkammer sein und nicht eine Filiale der Ersten Kammer. Eine Wahlkammer einer logindemokratischen Mehrheit sei nicht so möglich. Wenn die Nationalliberalen nicht für das allgemeine Wahlrecht eintreten könnten, dann sollten sie aber wenigstens auf zwei Wahlkammern bestehen. Dann sei eine sozialdemokratische Mehrheit ausgeschlossen. Die zwei Wahlkammern würden natürlich nur für eine Übergangszeit zu gebrauchen sein, dann müsse das allgemeine Wahlrecht kommen.

Als Vertreter des Linksliberalismus sprach ein Herr A. Schubert, der sich als Gegner des von den Nationalliberalen empfohlenen Altwahlrechtsflusses erklärte. Er rümpfte das Allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht für Sachsen, die Zweite Kammer solle eine Wahlkammer sein und nicht eine Filiale der Ersten Kammer. Eine Wahlkammer einer logindemokratischen Mehrheit sei nicht so möglich. Wenn die Nationalliberalen nicht für das allgemeine Wahlrecht eintreten könnten, dann sollten sie aber wenigstens auf zwei Wahlkammern bestehen. Dann sei eine sozialdemokratische Mehrheit ausgeschlossen. Die zwei Wahlkammern würden natürlich nur für eine Übergangszeit zu gebrauchen sein, dann müsse das allgemeine Wahlrecht kommen.

Als Vertreter des Linksliberalismus sprach ein Herr A. Schubert, der sich als Gegner des von den Nationalliberalen empfohlenen Altwahlrechtsflusses erklärte. Er rümpfte das Allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht für Sachsen, die Zweite Kammer solle eine Wahlkammer sein und nicht eine Filiale der Ersten Kammer. Eine Wahlkammer einer logindemokratischen Mehrheit sei nicht so möglich. Wenn die Nationalliberalen nicht für das allgemeine Wahlrecht eintreten könnten, dann sollten sie aber wenigstens auf zwei Wahlkammern bestehen. Dann sei eine sozialdemokratische Mehrheit ausgeschlossen. Die zwei Wahlkammern würden natürlich nur für eine Übergangszeit zu gebrauchen sein, dann müsse das allgemeine Wahlrecht kommen.

Als Vertreter des Linksliberalismus sprach ein Herr A. Schubert, der sich als Gegner des von den Nationalliberalen empfohlenen Altwahlrechtsflusses erklärte. Er rümpfte das Allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht für Sachsen, die Zweite Kammer solle eine Wahlkammer sein und nicht eine Filiale der Ersten Kammer. Eine Wahlkammer einer logindemokratischen Mehrheit sei nicht so möglich. Wenn die Nationalliberalen nicht für das allgemeine Wahlrecht eintreten könnten, dann sollten sie aber wenigstens auf zwei Wahlkammern bestehen. Dann sei eine sozialdemokratische Mehrheit ausgeschlossen. Die zwei Wahlkammern würden natürlich nur für eine Übergangszeit zu gebrauchen sein, dann müsse das allgemeine Wahlrecht kommen.

schieden gegen den neuzeitlichen Regierungsvorschlag aus. Weder dahin zielt, die Bürgerschaft des ganzen Landes in zwei Gruppen zu teilen, von denen die eine in unverhältnismäßiger Weise bevorzugt wird. Sie billigt daher die Haltung der nationalliberalen Mitglieder der Wahlkreisdeputation, sowie sie sich gegen diese Vorfälle der Regierung wendet. Die Versammlung wendet sich weiter gegen die Regierung und die Bürgerschaft des Landes. Sie fordert, daß die von Geheimrat Heintz aufgestellte Wahlkreiseinteilung, welche den in Sachsen nicht mehr zeitgemäßen Unterschied zwischen Stadt und Land nicht aufhebe und eine unbedeutende Bevölkerung der Großstädte in sich hielte. Sie erwartet deshalb von der nationalliberalen Fraktion des Landtags, daß sie sich gegen die v

